

„Pipelines sind die sicherere Alternative“

Reiner Hoffmann, Leiter des IG-BCE-Bezirks Nordrhein, über wenig rationale Ängste, kalkulierbare Risiken und die Notwendigkeit von Infrastrukturinvestitionen



Foto: Markus Lokai

DIE IG BCE BEFÜRWORTET DIE KOHLENMONOXID-(CO)-PIPELINE, WEIL SIE DIE ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN WILL. GERATEN DIE GEWERKSCHAFTEN IN EINEN ZIELKONFLIKT ZWISCHEN AKZEPTANZ IN DER BEVÖLKERUNG UND DER STANDORTSICHERUNG? Die Sorgen der Menschen müssen wir ernst nehmen. Zugleich brauchen wir eine Versachlichung der Debatten. Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass wir eine Stärkung der Realökonomie und vor allem der Industriestandorte

REINER HOFFMANN: „Die Risiken sind kalkulierbar“

brauchen. Das setzt eine sichere Rohstoff- und Energieversorgung voraus. Nachhaltigkeit kann sich nicht nur auf die ökologische Dimension beziehen, sondern muss in gleicher Weise den sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen Rechnung tragen.

DIE PIPELINE-GEGERN FÜHREN UNKALKULIERBARE RISIKEN INS FELD. Bei der CO-Pipeline müssen uneingeschränkt höchste Sicherheits- und Umweltauflagen eingehalten werden. Aber wir stoßen auf Ängste, die wenig rational sind. In Europa existiert bereits heute ein dichtes Netz an Pipelines, gerade auch in Nordrhein-Westfalen. Die Risiken sind kalkulierbar. Pipelines sind zudem eine sicherere Alternative als der Transport von Rohstoffen per Lkw oder Bahn. Bei der Kommunikation über den Bau der CO-Pipeline gab es Versäumnisse, die sind im Nachhinein nur schwer zu reparieren. Aber wir sollten zu einem rationalen Diskurs zurückkehren.

DIE CHEMIEINDUSTRIE VERWEIST BEI INFRASTRUKTURVORHABEN AUF DEN STEIGENDEN WETTBEWERBSDRUCK AUS ASIEN. WAS BEDEUTEN DIE WELTWEITEN UMBRÜCHE FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN IN DEUTSCHLAND? Es ist richtig, dass massive Investitionen in Asien und im Mittleren Osten getätigt werden. Das ist vor allem dem rasanten Wachstum der dortigen Märkte geschuldet. Richtig ist aber auch, dass die deutschen Chemieunternehmen immer noch

70 Prozent ihrer Ausgaben für Forschung und Entwicklung im eigenen Land investieren. Dies hat dazu beigetragen, dass die Arbeitsplatzverluste sich noch in Grenzen halten. Wenn die chemische Industrie ihre Innovationsfähigkeit aufrechterhält, sehe ich den Standort Deutschland nicht in Gefahr.

WIE SIEHT ES MIT DEN ARBEITSBEDINGUNGEN AUS? Die Tarifstandards in der chemischen Industrie sind nach wie vor hoch. Seit Anfang der 90er Jahre vollzieht sich jedoch ein tief greifender Strukturwandel. Unternehmensaufspaltungen, Übernahmen und Fusionen, verbunden mit der Konzentration auf Kerngeschäfte gehen einher mit der Auslagerung von Servicebereichen. In der Vergangenheit haben wir deshalb einige Konflikte mit den Arbeitgebern austragen müssen. Unter dem Dach von Chemieparcs sind heute zahlreiche Unternehmen angesiedelt, für die gemeinsame Dienstleistungen angeboten werden.

UND DIE WERDEN JETZT VON DEN BETREIBERN AN SUBUNTERNEHMER AUSGELAGERT. Die Auslagerung hat klare Grenzen: Serviceleistungen können nicht einfach vom Handwerksbetrieb um die Ecke ausgeführt werden. Es ist etwas anderes, ob ich Gefahrstoffe transportiere oder Pakete ausliefern. Die Beschäftigten in einem Chemiepark müssen hoch qualifiziert sein und hohe Sicherheitsstandards gewährleisten können. Auch die Betreiber haben das mittlerweile erkannt.

WIE REAGIEREN DIE INTERESSENVERTRETER AUF DIE VERÄNDERTEN BEDINGUNGEN? Die neuen Konzern- und Unternehmensstrukturen haben zu einer Vervielfältigung der betrieblichen Interessenvertretungsstrukturen geführt. Wo früher ein Betriebsrat für ein Unternehmen zuständig war, haben wir heute bis zu 20 und mehr. Das bedeutet, dass die Arbeitnehmervertreter der einzelnen Unternehmen eng zusammenarbeiten müssen. Dem internationalen Wettbewerbsdruck können die Unternehmen in den Chemieparcs nur durch nachhaltige Unternehmensstrategien und Innovationen standhalten. Die Absenkung der Arbeitskosten ist der falsche Weg. ■

Die Fragen stellte **INGMAR HÖHMANN**.